

Sackgasse?

Kein römisches Einlenken im Fall Haas

Nach der Herbstvollversammlung der Schweizer Bischofskonferenz hatte sich ihr Präsident, Weihbischof *Joseph Candolfi*, sehr zuversichtlich über die Möglichkeit geäußert, daß aufgrund des Informationsbesuches des Päpstlichen Delegierten, Erzbischof *Karl-Josef Rauber*, der Heilige Stuhl wirksame Maßnahmen zur Entspannung der mißlichen Lage im Bistum Chur treffen werde (vgl. HK, Oktober 1991, 487). Um so befremdlicher mußte die Agenturmeldung vom 25. November aus Rom wirken, die gleichentags zur Wintersitzung zusammengetretene Bischofskonferenz habe ein römisches Schreiben mit der Aufforderung erhalten, „sich mit dem Churer Bischof *Wolfgang Haas* stärker solidarisch zu zeigen“, und zudem die über die Nuntiatursvermittelte telefonische Mitteilung Johannes Pauls II., die Schweizer Bischöfe „seien jederzeit in Rom willkommen“. Gleichentags wurde überdies der Inhalt zweier Briefe von Kardinal *Pio Laghi* an die Bischofskonferenz bekannt, in denen der Präfekt der Kongregation für das katholische Bildungswesen sein grundsätzliches Einverständnis mit den die Priesterausbildung betreffenden Entscheiden von Bischof Haas erklärte.

Die an die Winterversammlung der Bischofskonferenz anschließende Pressekonferenz brachte dann etwas Licht in die teilweise rätselhaften Vorgänge. Am Morgen des ersten Versammlungstages erhielt die Bischofskonferenz einen von Kardinal *Bernardin Gantin*, Präfekt der Kongregation für die Bischöfe, und Kardinal *Angelo Sodano*, Staatssekretär, unterzeichneten und wohl mit Johannes Paul II. abgesprochenen Brief, der den Bischöfen indes nichts wirklich Neues sagte. Denn die Kardinäle wiederholen, was die Kurie seit Ausbruch der Krise im Bistum Chur (vgl. HK,

Mai 1988, 214 ff.) mit einer unbeirrbareren Stetigkeit erklärt: 1. Wolfgang Haas ist und bleibt Bischof von Chur, und mit einem Amtsverzicht ist nicht zu rechnen. 2. Von der Bischofskonferenz wird deshalb „unzweideutige Unterstützung für Bischof Wolfgang Haas und brüderliche Zusammenarbeit mit ihm“ erwartet.

Für alle weiteren Gespräche mit Papst Johannes Paul II. wie mit den zuständigen Kurieninstitutionen ist nach Auskunft des Päpstlichen Nuntius in Bern, Erzbischof *Edoardo Rovida*, von diesem Brief auszugehen. Für Weihbischof *Gabriel Bullet*, der auf der Pressekonferenz den bereits zur Bischofssynode nach Rom abgereisten Präsidenten vertrat, ist ein Lichtblick der Abschnitt des Briefs, in dem von „späteren Etappen“ die Rede ist. Den päpstlichen Telefonanruf konnte Weihbischof Bullet in seinem Ablauf, nicht aber in seiner Bedeutung erklären.

Die Bischofskonferenz beauftragte in der Folge ihre drei an der Sonderversammlung der Bischofssynode teilnehmenden Mitglieder, während ihres Romaufenthaltes um eine Audienz nachzusuchen und Johannes Paul II. dabei zu erklären, was der Kardinalsbrief bei den Schweizer Bischöfen ausgelöst hat. Das Gespräch der drei Bischöfe mit dem Papst fand am 13. Dezember statt.

Bei Weihbischof Bullet und bei vielen seiner Mitbrüder, wie er auf der Pressekonferenz erklärte, hat der Brief vor allem *enttäuscht*. Die Bischöfe hätten das Gefühl, der Arbeitsbesuch der Bischofskonferenz vom 29. und 30. April 1991 im Vatikan (vgl. HK, Juni 1991, 249 f.) wie vor allem auch der mehrwöchige Informationsbesuch von Erzbischof Rauber in der Schweiz seien nutzlos gewesen, denn die Lagebeurteilung durch die beiden Kardinäle sei nicht im geringsten differenzierter geworden. Weihbischof Bullet erklärte als sein Gefühl, nicht verstanden worden zu sein, nicht die gleiche Sprache zu sprechen wie die Vorsteher gewisser Kurieninstitutionen; überdies könne er nicht mehr erkennen, wie die Verhaltens- und Verfahrensweisen („le fonctionnement“) dieser

Institutionen mit dem Kirchenbild des Zweiten Vatikanischen Konzils verträglich seien. Dazu komme die Einseitigkeit der Erwartungen, insofern der Kardinalsbrief nicht zur Kenntnis nehme, in welchem Maß sich die Schweizer Bischofskonferenz für Bischof Haas eingesetzt und wie sehr sie sich bemüht habe, ihm bei der Meisterung der schwierigen Situation zu helfen. Er habe sich nicht helfen lassen wollen, sondern jeden Vorschlag als Einmischung abgewiesen.

Im Bistum Chur selber haben sich die Auseinandersetzungen auf die Frage um die *Priesterausbildung* zugespitzt. Diese waren denn auch Gegenstand eines „Appells“ und eines Briefes von 14 der 16 Dekane des Bistums vom 12. bzw. 29. September an die Bischofskonferenz, auf die die Kongregation für das katholische Bildungswesen mit ihren Briefen vom 4. bzw. 23. Oktober an die Bischofskonferenz reagierte. Aktueller Anlaß zu dieser Frage waren mehrere weitreichende Entschiede des Churer Bischofs, namentlich aus der interdiözesanen Trägerschaft des Dritten Bildungsweges, der seit 1975 an der Theologischen Hochschule und am Seminar St. Luzi in Chur durchgeführt wurde, auszutreten; für die künftigen Priesteramtskandidaten ein verpflichtendes Vorbereitungsjahr („Lauretanum“) einzurichten, über das nicht weiter informiert, das aber am 25. November 1991 eröffnet wurde; den bisherigen Regens von St. Luzi durch das Opus-Dei-Mitglied *Peter Rutz* zu ersetzen, der sich verpflichtet hat, aus St. Luzi ein Priesterseminar im Sinne des Diözesanbischofs zu machen.

Einspruch gegen diese Entschiede erhoben die Dekane, ähnlich wie der Priesterrat und weit zurückhaltender als der „Rat der gewählten und delegierten Mitglieder des diözesanen Seelsorgerates Chur“, nicht grundsätzlich, sondern aus Sorge um die schon erkennbaren Folgen der einsamen und die konkrete Wirklichkeit nicht berücksichtigenden Entschiede des Diözesanbischofs.

Eine dieser Folgen ist eine *Selbsthilfebewegung*, die sogar in der eher konservativen katholischen Zentral-

schweiz Fuß zu fassen beginnt. So hat die Konferenz der katholischen Seelsorger und Seelsorgerinnen der Urschweiz am 27. November 1991 ihre Dekane und Domkapitulare aufgefordert, eine Beratungsstelle für das kirchliche Personal einzurichten; sie soll den Kirchengemeinden „möglichst geeignete Seelsorger und Seelsorgerinnen“ vermitteln und Theologiestudierenden beistehen, die „den von Bischof Haas verfügten einseitigen Ausbildungsweg“ nicht gehen möchten. Dem aufmerksamen Beobachter fällt in dieser Bistumskrise auf, wie wenig sich die unmittelbar Betroffenen verstanden fühlen, wie sie unter der Not, sich mit ihrem Bischof bzw. mit den Kurieninstitutionen nicht verständigen zu können, leiden. Es fällt aber auch auf, wie wenig differenziert der Bischof bzw. die Kurieninstitutionen die doch sehr komplexe Situation wahrnehmen und auf eine pastorale Not mit Partizipationsverweigerung bzw. rechtlichen Grundsätzen antworten. Anlaß zur Sorge geben muß, daß aus dieser Not heraus eine Bewegung um sich zu greifen beginnt, die in sich die Gefahr einer „schismatischen Selbsthilfe“ (*Leo Karrer*) trägt. *we*

Denkzettel

Wahlerfolge von Protestparteien in mehreren Ländern Europas

Die belgischen Parlamentswahlen am letzten Novembersonntag 1991, die am gleichen Tag abgehaltene, in Italien landesweit beachtete Kommunalwahl im lombardischen Brescia, die Landtagswahl in der österreichischen Hauptstadt Wien und die Schweizer Nationalratswahl im Oktober hatten eines gemeinsam: In allen Fällen konnten *Protestparteien* unterschiedlicher Herkunft und ideologischer Ausrichtung zum Teil beträchtliche Gewinne erzielen, während die jeweiligen Regierungs- bzw. etablierten Parteien Einbußen hinnehmen mußten. In Belgien waren der rechtsorientierte „Vlaams Blok“ im niederländischsprachigen und die Grünen im

französischsprachigen Landesteil die großen Wahlgewinner; in Brescia überholte die von Senator *Umberto Bossi* angeführte „Lega Lombarda“ die in der Lombardei traditionell führenden Christdemokraten; in Wien wurde die FPÖ *Jörg Haider*s zweitstärkste Partei vor der ÖVP, und in der Schweiz verloren drei der vier Regierungsparteien, während die „Autopartei“ gestärkt wurde, die gegen eine ihrer Meinung nach übertriebene Umweltgesetzgebung zuungunsten des Individualverkehrs zu Felde zieht.

Für diese Wahlergebnisse gibt es sicher unterschiedliche Gründe. Teilweise profitieren die jeweiligen Gewinner (so der „Vlaams Blok“ in Belgien und die FPÖ in Wien) davon, daß sie sich zum Sprecher verbreiteter Ressentiments und Befürchtungen gegenüber *wachsenden Ausländerzahlen* in den einzelnen Ländern bzw. Regionen machten. Es wäre allerdings voreilig, daraus einen westeuropäischen „Ruck nach rechts“ abzuleiten. Auf der Hand liegt vor allem eine Ursache: In allen Fällen reagierte das Wahlvolk bei seiner Stimmabgabe auf *Verkrustungen und Defizite im herkömmlichen Parteiensystem bzw. der jeweiligen Regierungspolitik*. In Brescia waren der Abfuhr für die etablierten Parteien Monate kommunalpolitischer Querelen vorausgegangen, in Österreich zeigen die beiden großen Parteien seit Jahren erhebliche Schwächen, in Belgien litt das Ansehen der Regierungsparteien unter etlichen Skandalen.

Wahlsignale wie die der letzten Wochen und Monaten müssen keinesfalls eine massive Existenzkrise der traditionellen Parteien in den verschiedenen Ländern ankündigen. Wohl aber sind sie ein deutliches Zeichen dafür, daß auch in den europäischen Ländern, die durch ein relativ festes, an früheren ideologisch-weltanschaulichen Mustern orientiertes Parteiengefüge geprägt sind, *Partei-bindungen lockerer werden* und deshalb die Neigung zu „Denkzettelwahlen“, zur Stimmabgabe für eine Protestpartei gleich welcher Couleur und Seriosität bis hinein in Stammwählerschichten größer wird. Von der

Schwäche bzw. Akzeptanzkrise des traditionellen Parteiengefüges sind sozialistische Parteien ebenso betroffen wie *christdemokratische* (die Democrazia Cristiana in Italien, die Schweizer CVP, die flämischen Christdemokraten und die österreichische ÖVP).

Die betroffenen Parteien sind gut beraten, angesichts der Gewinne von Protestgruppierungen nicht den bequemsten Weg der Wählerschelte einzuschlagen. Sie sollten auch der Versuchung widerstehen, sich zumindest rhetorisch manchen radikalen, zugkräftigen Parolen von Protestparteien anzunähern; im Wettbewerb mit solchen Gruppierungen, die sich teilweise ganz auf die Artikulation von Ressentiments beschränken, können sie ohnehin nicht gewinnen. Notwendig ist demgegenüber vor allem die *kritische Selbstprüfung* der jeweiligen Traditionsparteien. Sie müssen sich fragen, ob sie in ihrer Programmatik wie in ihrer praktischen Politik die wirklichen Herausforderungen aufnehmen, inwieweit ihre Strukturen einer offenen Diskussion und dem Kontakt mit den Fragen und Anliegen der Bevölkerung im Wege stehen.

Die europäische Entwicklung der nächsten Jahre dürfte vermutlich genügend Anlaß für Entstehen und Erfolge von Einpunktparteien und Protestbewegungen liefern. Um so wichtiger, daß die großen Parteien der westeuropäischen Länder ihre Verantwortung wahrnehmen. Das gilt nicht nur für die Länder, in denen einschlägige Wahlergebnisse der letzten Zeit für Schlagzeilen gesorgt haben, sondern natürlich auch für die *Bundesrepublik*, die gegenüber solchen Versuchungen keineswegs gefeit ist.

ru

Widerspruch

Über den Unsinn rechtlicher Optimierung von Erziehung

Zwei Grundsätze sind aller zeitgenössischen Rechtspolitik heilig: 1. Keine Leitbilder ethischer oder gesellschaft-